

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 03.06.2010**

öffentlich

Ort: Stadtmuseum
Christian Wolff Haus
Große Märkerstraße 10
Sitzungsraum
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt
Herr Andreas Schachtschneider
Frau Heike Wießner
Frau Ute Haupt
Herr René Trömel
Herr Klaus Hopfgarten
Frau Inés Brock
Herr Klaus Adam
Frau Sabine Wolff
Frau Helga Schubert
Frau Antje Klotsch
Herr Torsten Bognitz
Herr Leonhard Dölle
Frau Beate Gellert
Herr Uwe Kramer

i.V. von Frau Raab anwesend

Frau Renate Leonhard
Herr Philipp Pieloth
Herr Max Privorozki
Frau Peggy Rarrasch
Frau Hackel
Frau Katharina Brederlow
Frau Anja Pohl
Frau Carmen Wiebach
Herr EKHK Ralf Berger

Entschuldigt fehlen:

Frau Katja Raab
Frau Sabine Franz
Herr Richter Bruno Glomski
Herr Uwe Steudel
Herr Tobias Kogge
Frau Petra Schneutzer
Frau Susanne Wildner

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 06. Mai 2010
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII - Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Träger der freien Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2009/08550
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Berichterstattung zum Thema "Freitrinker"
V/2010/08863
- 7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Information zur Umsetzung des Kinderschutzgesetzes
Vorlage: V/2010/08855
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen
- 11. Arbeitsplanung

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Da heute keine Kinder und Jugendlichen gekommen waren, wurde sofort mit der Sitzung begonnen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Sie entschuldigte den Beigeordneten Herrn Kogge.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung fest und ergänzte diese um den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Berichterstattung „Freitrinker“ als TOP 6.1 aufzunehmen. Es erfolgte kein Widerspruch hierzu, so dass die Nachtragstagesordnung bestätigt wurde.

Frau Ute Haupt sprach an, dass heute die Eröffnung der Händelfestspiele ist, so dass spätestens bis 20 Uhr diese Sitzung beendet sein sollte.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob die ausgefüllten Fragebögen zur Arbeit JHA, welche sie in der letzten Sitzung verteilt hatte, mit gebracht wurden. Sie bat darum, diese schnellstmöglich noch an Frau Kaupke zu übermitteln, damit sie diese insgesamt nach Koblenz übermitteln kann.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass heute durch die Verwaltung Antworten auf Anfragen aus der letzten Sitzung verteilt worden sind, diese sind noch nicht vollständig vorliegend.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 06. Mai 2010

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen bestätigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Da in der letzten Sitzung keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden, gab es hier keine Bekanntgabe.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII - Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Träger der freien Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2010

Vorlage: V/2009/08550

Frau Brederlow sprach an, dass es bei der vorgeschlagenen Förderung bei den Trägern der freien Jugendhilfe gegenüber dem Vorjahr keine Änderungen gab. Einiges ist teilweise Fachkräftegebunden durch das Programm. Sie machte darauf aufmerksam, dass Träger, welche über den Bereich gefördert werden in 2011 mit Änderungen zu rechnen haben. Der Umfang des zu Fachkräfteprogramms ist gegenwärtig noch nicht durch das Land bekannt gegeben worden, es ist aber von Reduzierungen auszugehen.

Anfrage durch Frau Wolff zur Vergleichsmöglichkeit gegenüber 2009. Hier hatte sie um die Vorlage dazu gebeten, welche durch die Verwaltung nicht zugesendet worden ist. Aus der heute vorliegenden

Vorlage kann nicht entnommen werden, was vorher gefördert wurde und was nicht. Sie fragte an, wieso die Erziehungsberatungsstellen in den Sozialräumen hier nicht mit enthalten sind.

Frau Brederlow antwortete, dass im letzten Jahr die Erziehungsberatungsstellen in den Bereich HzE mit übernommen worden sind, diese werden finanziert. Hierzu gibt es mit den Trägern Vereinbarungen.

Anfrage durch Herrn Dölle zu der voraussichtlichen Gesamtsumme von 2.476.500 €, hier wurden 2.463.380,14 € vorgeschlagen. Was ist mit der Restsumme.

Frau Brederlow antwortete, dass es hier um die Förderung von Diensten und Prioritäten in der Jugendhilfe 2010 geht. Dann gibt es noch die Projektmittel, diese Summe wurde auf 13000 € geschrumpft.

Anfrage Frau Brock zur Anlage 1

Wieso ist der Seniorenkreativverein übergreifend und nicht im Sozialraum benannt

Frau Schöps antwortete, dass dieser Verein Sozialraum übergreifend arbeitet, es passiert hier auch Generationenarbeit. Der SKV hat nicht nur das Angebot in der Schöpfkelle in der Jugendhilfe sondern auch andere Angebote.

Anfrage Herr Dölle, über was hier beschlossen wird, da keine Einzelanträge aufgelistet sind.

Frau Brederlow antwortete, dass es hier um einen Beschluss über die Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe für 2010 geht.

Anfrage Herr Kramer über was im nichtöffentlichen Teil beschlossen werden soll.

Frau Brederlow antwortete, dass es hierbei um die Fördermittelanträge der Jugendhilfe geht, welche beschlossen werden sollen.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es weitere Anfragen hierzu gibt.

Da dies nicht der Fall war, **rief Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe in der Stadt Halle (Saale) im Haushaltsjahr 2010 entsprechend der Anlage 1.

Die Bewilligung der finanziellen Förderung steht unter dem Haushaltsvorbehalt.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig zu**.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Berichterstattung zum Thema "Freitrinker" V/2010/08863

Frau Hanna Haupt sprach an, dass heute der im letzten Stadtrat beschlossene Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Berichterstattung zum Thema „Freitrinker“ kurzfristig auf die Nachtragstagesordnung kam, da hierüber im Juni berichtet werden sollte.

Die Verwaltung hat hierzu kurzfristig eine schriftliche Antwort mit vorgelegt. Beides wurde heute an alle Mitglieder verteilt.

Frau Ute Haupt dankte der Verwaltung für diese kurzfristige Antwort. Da es jetzt vorliegt, muss dies erst in der Fraktion besprochen werden. Sie bat darum, dass dies im JHA am 05.08.2010 auf die Tagesordnung genommen wird. Sie fragte an, ob dann evtl. die Drogenbeauftragte der Stadt hierzu mit eingeladen werden sollte.

Frau Wolff fragte i.A. ihrer Fraktion nach, wie dies zu verstehen sei, da es als Antrag formuliert worden war aber doch Anfragen enthält.

Frau Ute Haupt antwortete, dass dies ein Antrag im Stadtrat gewesen ist, dass zu den aufgeführten Anfragen im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss berichtet werden soll. Der Stadtrat hat diesem Antrag zugestimmt und somit soll dies in den Ausschüssen behandelt werden.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Information zur Umsetzung des Kinderschutzgesetzes

Vorlage: V/2010/08855

Frau Brederlow informierte, dass am 14. Juni 2010 in Magdeburg die Auftaktveranstaltung des Zentrums „Frühe Hilfen für Familien“ vorgesehen ist. Es gab hierzu durch das Ministerium eine große Einladungsliste, so dass sicher auch unsere Träger alle informiert sind.

Anfrage Frau Wießner zum § 7 Dauerbeobachtungen von Fehlbildungen
Was ist hier unter Primär- und Sekundärprävention zu verstehen?
Die Verwaltung sagte eine Beantwortung zu.

Anfrage Herr Trömel, wie lange eine Förderung der lokalen Netzwerke durch das Land erfolgen soll.

Frau Brederlow antwortete, dass im Gesetz die 10.000 € hierfür stehen und mehr ist nicht bekannt.

Frau Hanna Haupt stellte fest:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen zum Gesetz zum Schutz des Kindeswohls und zur Förderung der Kindergesundheit (KiSchG) zur Kenntnis.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Hanna Haupt sprach an, dass ein Teil der Beantwortungen zu den mündlichen Anfragen heute vorlagen. Dies betraf die Anfrage von Herrn Trömel zur Finanzierung Familienfreizeiten; von Ute Haupt zum Erhalt des Angebotes „GIMMI“, von Frau Wolff zur Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund in KITA's, von Frau Gellert betreffs Bewirtschaftungskosten von KITA's und ihre eigene zum Treffpunkt alkoholisierte Jugendlicher am Händeldenkmal. Sie fragte an, ob es zu den antworten Rückfragen gibt.

Frau Gellert sprach an, dass es ihr wichtig ist, dass diese Antwort nicht nur den freien Trägern sondern auch den Mitarbeitern des Amtes bekannt sind. Es ist schon passiert, dass Mitarbeiter zur Auskunft gaben, dass dies nicht im Finanzplan mit drin ist.

Frau Brederlow entgegnete, dass dies den Mitarbeitern des Amtes bekannt ist.

Frau Wolff sprach an, dass ihre Beantwortung für so nicht akzeptabel ist. Es gab eine bundesweite Befragung hierzu, wieso hier nicht.

Frau Brederlow entgegnete, dass die rechtlichen Grundlagen hierfür ihr nachgeliefert werden.

Frau Wolff sprach an, dass die ausgeteilte Antwort zum Stand GIMMI nicht zufriedenstellend ist. Das Eine-Welt-Haus war nur anfangs erwähnt, spielte keine weitere Rolle mehr. Diese Antwort ist nicht die Antwort auf die gestellten Fragen zum GIMMI.

Frau Brederlow entgegnete, dass es damals im JHA einen Antrag zum GIMMI gab und dazu wurde eine Vorlage erarbeitet. Diese kann ihr vorgelegt werden.

Frau Wolff sprach an, dass die Auslage der Beantwortung zur Sitzung ungünstig ist, da dann nicht darauf reagiert werden kann. Die Antworten sollten wenigstens 2 Tage vor der Sitzung dem Fragesteller zugehen.

Herr Schachtschneider sprach an, dass es für ihn einen Widerspruch in der Beantwortung zur Anfrage von Frau Wolff zur Haushaltsstelle gibt gegenüber der Beantwortung auf seine Anfrage.

Frau Brederlow antwortete, dass die Anfrage Frau Wolff auf den GIMMI mit seinen Angeboten abzielte und seine Anfrage war zum Objekt. Das alte Objekt in der Unstrutstraße wurde vermietet durch ZGM, ohne Mitwirkung des Jugendamtes.

Anfrage von Frau Ute Haupt, was die Aussage in der Beantwortung zum Verfahren zur Weiterführung der Leistung als auch keine Gewährleistung des Angebotes über 2011 hinaus bedeutet.

Frau Brederlow antwortete, dass jedes Angebot ein Angebot des freien Trägers ist. Es kann jederzeit beschlossen werden, dass ein Angebot wegfällt. Dies ist abhängig von Jugendhilfeplanung. Hier geht es um das Angebot am neuen Standort in der Pustebume.

Frau Wolff fragte an, welcher Träger sich jetzt im Objekt am alten Standort befindet.

Frau Brederlow antwortete, das sich dort ein Verein für Hörgeschädigte befindet. Zur Vermietung über ZGM wurde angefragt, leider liegt bisher keine Antwort vor.

Frau Brederlow machte auf den Themenspeicher, welcher heute aktuell vorgelegt wurde, aufmerksam. Hier wurde die Tagesordnung für den JHA bis Dezember aufgenommen. Monatlich wird aktuell für nächsten Monat ausgeteilt.

Hier wurden auch die offenstehenden Fragen von Frau Wießner und Frau Wolff aus dem letzten JHA für August im Zusammenhang des Quartalsberichtes zur Anfrage von Frau Klotsch aufgenommen. Für Oktober wurde die Bitte von Frau Wolff zum Übergangmanagement KITA und die Bitte von Frau Ute Haupt betreffs Übergangspaneel DJI vorgemerkt.

Frau Gellert fragte noch zu ausstehenden Antworten auf schriftliche Anfragen nach. Das waren der Stand zur Überarbeitung KITA-Richtlinie; Finanzierung Abwasch in KITA's des EB.

Frau Brederlow antwortete, Beantwortungen noch nicht unterschrieben wurden. Zum Stand der Überarbeitung KITA-Richtlinie kann sie mitteilen, dass hier die Gespräche mit den Trägern im Juni beginnen sollen.

Anfrage Frau Brock zum Stand der Spielplatzpatenschaften in der Stadt. Hierzu hatte sie bereits bei Herrn Weiske angefragt und diese sollten im Mai verkündet werden. Die Saison ist eröffnet und da sollte das laufen. Woran scheiterte dies. Sie bittet um Antwort hierzu.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Brock möchte diese nicht erst im August zur JHA-Sitzung erhalten, da dies jetzt aktuell ist.

Frau Ute Haupt fragte an zu:

1. Wie gewährleistet ist, dass die Spielplätze, hier geht es speziell um SP auf der Peißnitz, täglich gesäubert werden (Glasscherben etc.), um die Verletzungsgefahr einzudämmen.

2. Kann eine Auflistung über die Tarifverträge hinsichtlich Gehaltszahlungen bei den freien Trägern angefertigt werden. Hier gibt es Unterschiede, wer zahlt nach Tarif ÖD oder nach welchem Tarif wird gezahlt.

Frau Brederlow antwortete, dass die 1. Anfrage an die AG Spielplätze weiter geleitet wird und zu der 2. Kann in der nichtöffentlichen Sitzung im August geantwortet werden.

Frau Gellert sprach an, dass sie vom Ministerium erfahren hat, dass die Mittel für die Sprachstandsförderung und Nachbereitung 1/4jährlich ausgereicht werden. Die Träger in Halle haben jetzt erst die Bewilligungsbescheide erhalten. Warum klappt das mit der Auszahlung in Halle nicht, da das Ministerium die Mittel an Halle ausgereicht hat.

Frau Brederlow antwortete, dass bisher die vorläufige Haushaltsführung bestand. Die Mittelfreigabe ist erfolgt und die Mittel für das II. Halbjahr 2010 können ausgereicht werden.

Frau Schöps ergänzte, dass hierfür die Meldung der freien Träger benötigt wird, wie viel Kinder wann dazu betreut wurden. Diese Meldungen sind bisher schleppend in der Verwaltung angekommen. Es gab hierzu eine Vereinbarung, dass die freien Träger diese Meldungen vorlegen.

Frau Gellert entgegnete, dass sie vom Land die Aussage erhalten hat, dass diese Mittel sofort ausgereicht werden sollen, woanders ist dies auch möglich nur in Halle und Magdeburg nicht.

Frau Schöps entgegnete, dass in einer Sitzung mit den freien Trägern im vergangenen Jahr sich dazu vereinbart worden ist, dass diese Meldungen durch die Träger kommen. Diese Vereinbarung sollte auch eingehalten werden.

Frau Klotsch sprach an, dass Sprachstandsfeststellungen ein sehr wichtiges inhaltliches Instrument in den Einrichtungen sind, die Mittel sollten sofort frei gemacht werden. Das Verfahren wie es in Halle läuft muss so nicht sein.

Frau Brederlow entgegnete, dass tatsächliche Zahlen genannt werden müssen. Die Mittel sind für die Kinder, die jetzt die Sprachstandsfeststellung erhalten.

zu 10 Anregungen

Frau Gellert regte i.A. der IG Kita an, dass eine bessere Zusammenarbeit mit dem Jugendamt erfolgen sollte. Die Tendenz geht weg von einer Kommunikationskultur und hin zu einer Klagekultur. Laut Rahmenrichtlinie sind die Regelungen zu Abschreibungen klar geregelt. Bisher gab es keine Einigung zur Zielführung, dazu gibt es noch Klagen.

Frau Gellert regte an, dass die Kommune unterstützend hinsichtlich des Erhaltes von FSJ-Stellen beim Land wirkt. Diese Stellen werden immer weniger.

Frau Hanna Haupt entgegnete, dass dies eine Regelung des Landes ist und die Kommune hier wenig machen kann.

zu 11 Arbeitsplanung

Zur Arbeitsplanung erfolgte bereits unter der Beantwortung von mündlichen Anfragen eine Information. Diese liegt allen Mitgliedern aktualisiert bis Dezember vor und wird monatlich aktuell für die nächste Sitzung vorgelegt.

Gez. Hanna Haupt

Uta Kaupke

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin

